

General-Anzeiger

für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden



Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Remberg M., in Reuden, Kotta, Lubast, Kieritz, Gommio und Gabitz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Reflektanzzeile 30 Pfg., Beilagen: 50 Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 2.— M., frei Haus 2,15 M., durch die Post einschl. Postgebühren 2,25 M. Anzeigen: Zeile 15 Pfg. jährlich 25%, Feuerungszuschlag.

Nr. 87.

Remberg Sonnabend, den 26. Juli 1919.

21. Jahrg.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot

hat uns der Staatskommissar für das Wohnungswesen in Berlin zum Erlaß und zur Durchführung nachstehender Bestimmungen ermächtigt:

- Es ist verboten, daß ohne vorherige Zustimmung des Magistrats
 - Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen,
 - Räume, die zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräumen verwendet,
 - mehrere Wohnungen zu einer vereinigt werden.

Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn das Mieteinigungsamt für den Kreis Wittenberg sich mit der Verlegung einverstanden erklärt hat.

2. Verfügungsberechtigte haben

- unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind,
- den Besitztümern des Magistrates über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Bezeichnung Auskunft zu erteilen und ihm die Verfügungen zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leerstehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen und dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufwendung ohne Härte zugemutet werden kann.

3. Hat der Magistrat dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungsvertrag abgeschlossen und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so legt auf Antrag des Magistrates das Mieteinigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unüberhöflicher Nachteil zu befürchten ist, einen Mietvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mieteinigungsamt zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt.

Das Mieteinigungsamt kann dabei anordnen, daß der Magistrat an Stelle des Wohnungsuchenden als Mieter gilt und berechtigt ist, die Räume dem Wohnungsvertrag weitervermieten.

4. Auf Anfordern des Magistrates hat der Verfügungsberechtigte dem Magistrat unbenutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Verdringung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen. Das Mieteinigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt. Der Magistrat ist berechtigt, den Gebrauch der hergestellten Räume einem Dritten zu überlassen, insbesondere sie zu vermieten.

Nach Behebung der Wohnungsnot sind dem Verfügungsberechtigten die Räume in angemessener Frist zurückzugeben. Die Frist bestimmt, wenn keine Einigung zustande kommt, das Mieteinigungsamt. Auf Verlangen des Berechtigten hat der Magistrat den der früheren Zweckbestimmung und Ausstattung entsprechenden Zustand der Räume wieder herzustellen. Remberg, den 22. Juli 1919. Der Magistrat.

Städtischer Kirchenverkauf

morgen Sonnabend, den 26. Juli, nachmittags von 4 Uhr an in der Freiheit.

Es werden die Nummern 1—61 der Markentafeln beliefert und zwar die Abschnitte Nr. 10 der gegen und Nr. 4 der roten städtischen Lebensmittelfarten. Auf jede Marke 1 Pfund zum Preise von 60 Pfennigen. Familien, die selbst städtischer Kirchen ausgesprochen, sie dürfen auch die zu beliefernden Abschnitte nicht an andere Familien weitergeben. Zur Kontrolle der Personenzahl müssen gleichzeitig mit den Lebensmittelfarten die Markentafeln vorgelegt werden. Außerdem sind die Stammlisten der Lebensmittelfarten vorzugeben. Geld ist abgezählt mitzubringen.

Noch nicht belieferte Abschnitte sind anzugeben, da auf sie in Kürze ebenfalls ein Wand Kirchen abgegeben wird. Remberg, den 25. Juli 1919. Der Magistrat.

Auf die Waagen

H. v. 23 und N. v. 20 wird 1/2 Pfund Marmelade für 65 Pfg. abgegeben.

Ferner kann auf die grüne städtische Marke Nr. 11 1 Käse für 35 Pfg. entnommen werden. Remberg, den 26. Juli 1919.

Der Magistrat.

Die Markentafeln

sind Sonnabend und Montag Vormittag im Rathaus abzugeben. Die Abschnitte der Fische, Fett, Kartoffeln- und Milchkarten müssen beigelegt sein. Remberg, den 25. Juli 1919. Der Magistrat.

Frühdrusch

nach beendetem Brotgetreideernte mit allen Mitteln durchzuführen.

Nach in diesem Jahre wird eine Frühdruschprämie gezahlt werden. Remberg, den 23. Juli 1919. Der Magistrat.

Die Säuglingsfürsorgestunden

sind künftig aller 4 Wochen statt, die nächste ist Dienstag, den 12 August. Remberg, den 23. Juli 1919. Der Magistrat.

Der Schuttablageplatz

bei Herrn Koll ist geschlossen. Schutt darf künftig nur auf dem früheren Reitbahnpflege an der Bergmüher Straße abgeladen werden. Remberg, den 24. Juli 1919. Der Magistrat.

Die städtischen Obstnutzungen,

deren Ertrag lediglich der Stadt Remberg zugute kommen soll, werden demnach dem Schutze der Bürgerchaft empfohlen. Es ist bedauerlich, daß diese selbstverständliche Pflicht von Manchen nicht beachtet wird und daß nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene sich nicht schämen, die Allgemeinheit durch Stehlen von Obst und Aehren von Zweigen und Ästen zu schädigen.

Wir bitten, jeden beobachteten Fall von Diebstahl und Baumfrevel zur Anzeige zu bringen, damit gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgegangen werden kann. Die Namen der Angezeigten werden selbstverständlich streng geheim gehalten. Remberg, den 23. Juli 1919. Die Polizeiverwaltung.

Der Ankauf von Heu und Stroh wird fortgesetzt.

Abnahme an allen Wochentagen von früh 7 bis nachmittags 4 Uhr Proviantamt Wittenberg

Politische Tagesübersicht.

Keine Repressalien für den Mord an Mannheim

W.B. Berlin, 23. Juli. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Paris, daß General Foch mit der Rücksendung der letzten Kriegsgefangenen einhört, wenn die Stadt Berlin nicht die geforderte eine Million Franken Entschädigung zahle. — An hiesiger amtlicher Stelle ist hiervon nichts bekannt.

Die Deutsch-Ostereicher sollen beim Aufbau helfen.

Wien, 22. Juli. Die Politische Korrespondenz erzählt aus St. Germain, daß bei dem Reichs Anlaufe, die in Deutsch-Ostereich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutsch-österreichischer Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nur freiwillig, wobei die deutsch-österreichische Regierung die Interessen der Arbeitssuchenden wirksam vertreten würde.

Heimkehr der Kriegesgefangenen.

W.B. Amsterdam, 24. Juli. „Daily News“ vom 22. meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover—Rotterdam in die Heimat zurückzubefördern. Der erste Transport hat sich am 18. d. M. auf dem Dampfer „Von Dornia“ in Dover eingeschifft.

10000 Arbeiter der Siemenswerke ausgesperrt.

Berlin, 24. Juli. Am Sonnabend wurde in einigen Werken der Siemensfirmen eine Bekanntmachung der Betriebsleitung benutzergewissen, die mitteilt, daß die Werke der Firma

am Montag, den 21. d. Mts., wie gewöhnlich zur Arbeit geöffnet wären, trotzdem man der Arbeiterchaft bei früheren Gelegenheiten erklärt hatte, daß die selbständige Abnahme von Bekanntmachungen nicht gestattet sei. Diese Personen wurden deshalb sofort entlassen. Die Arbeiterchaft trat deshalb am Mittwoch aus diesem Grunde in passive Resistenz. Von der Betriebsleitung wurden die Arbeiter angefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie gefasst entlassen würden. Wie verlautet, handelt es sich um die Belegschaften des Werkes in Siemensstadt, dem Stammsaule der Siemensfabriken, und um die Belegschaften des Werkes in Gartenfeld bei Spanbau. Die Aufforderung der Betriebsleitung zur Arbeitsaufnahme, die bereits gestern vormittag ergangen war, blieb auch an den heutigen Tage fruchtlos. Die Arbeiter erschienen zwar heute morgen vollständig in den Fabriken, weigerten sich aber irgenbweide Arbeiten anzuführen. Alles gütliche Jureben der Betriebsleitung wurde mit Rücksicht abgewiesen. Da auf diesem Wege nicht zu erreichen war wurde der Direktionsanspruch zu einer Sitzung zusammenberufen und kam heute in der 4. Nachmittagsstunde in der Beschlus, die gesamten Arbeiter der in Betracht kommenden Werke reiflos anzusprechen. Infolgedessen werden heute rund 10000 Arbeiter des Bremer- und Koberwerkes entlassen. Welche Folgen die Maßregel auf die anderen Fabriken des Bremerkongerns ausüben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die übrige Arbeiterchaft sich durch den unbedonnenen Schritt die beiden Betriebsgruppen nicht ebenfalls in einen unglücklichen Streit hineinziehen läßt.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 26. Juli 1919.

* Ortsgruppe Bergwitz und Umgegend des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Am 18.—20. d. Mts. fand im Herrensitz in Berlin die 3. Vertreterversammlung des Bundes statt, an welcher auch Vertreter der Regierung teilnahmen. Der 2. Vorsitzende der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Herr Schläpfer, erklärte vor allem alle Rechte der Besette über den Rücktransport für erloschen. Er führte aus: Obwohl unsre Kommissionen zur Regelung des Rücktransportes bereits 14 Tage in Versailles warten, sind diejenigen der Gegner bis heute nicht am Verhandlungstisch erschienen, jedoch bisher auch an dem Beginn der Heimförderung nicht zu denken war. Tatsache ist nur, daß unsre Gegner 2 Transporte nach dem Saargebiet geschickt haben, vielleicht mit besonderer Ermahnung. Dies ist aber auch alles. Ebenfalls wartet die Kommission nach Estrien auf die Pässe zur Ausreise noch immer. Der Volksbund ersuchte die Regierung, wegen der Verschärfung der Verhandlungen und somit die Rückkehr anderer Brüder eine energisch gehaltene Note überreichen zu lassen, was dieselbe auch zulagte.

* Zum Handel mit Margarine. In letzter Zeit wird verschiedentlich versucht Margarine in großem Umfange in den freien Handel zu bringen. Da Margarine und Kampfspeisefette nach wie vor der Zwangsbeiwirtschaftung unterliegen und ihr Vertrieb im freien Handel in absehbarer Zeit noch nicht erfolgen kann, wird darauf hingewiesen, daß der freie Handel mit diesen Produkten verboten ist und daß gegen Zuwiderhandlungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden wird.

* Theater. Auf das am Sonntag, den 27. Juli stattfindende Gastspiel des Schmiedeberger Kirchtheaters ist nochmals hingewiesen. Zur Aufführung kommt der beliebteste Schläger „Schwarzwaldbühel“. Es ist darauf aufmerksam gemacht, daß die Darbietungen nicht mit anderen minderwertigen Vorstellungen verwechselt werden. Das Ensemble, welches gestiftet, zählt 16 Personen, ein Wechsel dürfte also zu empfehlen sein.

Schmiedeberg, 23. Juli. Die fast täglichen Neuwisungen auf dem hiesigen Bahnhoff oder auf den Nachbarrationen nach größeren Beschreibungen von Lebensmitteln haben schon des öfteren Erfolg gehabt. Auch gestern früh wieder glückte es dem zur Bekämpfung nach hier beorderten Sendern, auf Bahnhoff Wölschwig einen Koffer mit 116 Pfund Schweine- und Rindfleisch abzugeben, das nach Weiden gehen sollte. — Auf Bahnhof Köbzin haben Diebe in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag 5 Hämmer gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 27. Juli. (6. Sonntag nach Trinitatis.) 1. Remberg.

- Kollekte für die kirchliche Armenpflege.
- Vorm. 1/9 Uhr: Kirche. Propst Meyer.
- Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Propst Meyer.
- Hierauf Feier des heiligen Abendmahls.
- Nachm. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Propst Meyer.
- 2. Gommio.
- Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Archid. Schulze.

Schöne Ausflüchten.

Von Otto Voetgers-Ger.

Man kann es verstehen, wenn die Sozialregierung in Anbald an sich nach kräftigen Anlegen legen läßt, eine Verbreitung von Nachfragen über die Zustände im Lande nach Möglichkeit zu unterbinden. Es ist daher darauf zu begründen, daß es einigen Mitgliedern des Vereins deutscher Ingenieure gelungen ist, politisches Nachrichtenmaterial aus der Verfügung zu stellen, um es uns vor Augen zu führen, welcher Zustand wir entgegengehen würden, wenn auch bei uns eine ähnliche Regierung aus Ruder kommen würde. Die eine Nachricht gibt uns Aufschluß über die Zustände in Petersburg; es wird darin geschrieben, daß ein geordnetes Leben in dieser Stadt geradezu zur Unmöglichkeit geworden ist. Jedes Privatvermögen wurde eingezogen, ein Monatsgehalt in Höhe von 2000 Rubeln reichte kaum für die ersten zehn Tage; es galt dann zur Verteilung des elementarsten Lebensunterhaltes Möbel und Sachen zu verkaufen. Die Beschäftigten der meist enteigneten und „nationalisierten“ Wohnhäuser (jeder der Beschäftigten) die Wasserrohre sind so ziemlich liberal geplagt — Mangel an Heizmaterial und das furchtbar schnelle Überwachern tragen die Schuld. Fieberhusten und Waden rheum die Städte, auf dem Kirchhofe warten die Verstorbenen in langer Reihenfolge, ehe sie begraben werden können. Die Fieberkrankheit liegt augenblicklich so gut wie ganz darnieder, da es bei dem herrschenden Lebensmittelmangel an Ärzten fehlt. Eine andere Nachricht aus Moskau unterteilt die Nachrichten aus Petersburg; auch hier ist von einer außerordentlichen Teuerung die Rede — Weizen kostet z. B. 20, Butter 100, Zucker 80, Tee 200, Fleisch 50, — Rubel für das russische Pfund, Milch 1 Liter 25, — Rubel. Die Ernteschicklichkeit ist daher außerordentlich groß. Eine zweite Nachricht aus Moskau schildert drastisch die Zustände in den Fabriken — es sei nur ein Beispiel mitgeteilt: In einem Werke, in dem eine Maschine auszubessern war, waren 28 Schlosser tätig, doch das wäre zuviel gesagt — angeheilt. Einige von den Leuten hätten genügt, die notwendige Reparatur auszuführen. Von den 28 Schlossern aber waren 25 in verschiedenen „Kommissionen“ tätig und die verbleibenden 3 naturgemäß mit Arbeit überhäuft, so mußte die Ausbesserung wochenlang zurückgestellt werden, bis es möglich wurde, die nötigen Kräfte dafür her zu machen.

Moskau, Petersburg und Umgebung sind in starken Mäßen entvölkert, die Industrie liegt fast ganz darnieder. Drei Millionen Einwohner hatte Petersburg im Jahre 1917, nach den heute ausgegebenen Prognosen nur 800 000. Die Schnelligkeit und Teuerung der Lebensmittel nimmt zusehends zu. In Moskau ist die Bevölkerung in drei Klassen eingeteilt: 1. Handarbeiter, welche die volle Ration erhalten, 2. Geschäftliche, Bürobeamte, Kopierarbeiter, die mit der halben Ration sich zufrieden geben müssen, 3. die Nichtarbeitenden, Rentner usw., auf die 1/2 der festgesetzten Ration zur Verteilung gelangt. Da die volle Ration schon ungenügend ist und nicht selten gar ausbleibt, bedarf es einer nicht allzu starken Mäßigkeit, sich die Speisekartenordrate eines Bürgers anzumalen; der Schlafmangel blüht natürlich aus diesem Grunde; er wird von sogenannten „Sodratagen“ ausgeführt, die vom Lende, aus großen Entfernungen her, troch Härtlichen Strafen, Lebensmittel heranzubringen; aber auch die Bauern sind vor allem in einer erschreckenden Nähe der Stadt ausgezehrt, und nur größeren Toppennabteilungen gelingt es, Requisitionen durchzuführen. (Es geschieht dies, indem man die Dörfer umstellt, die nicht geflohenen Bewohner erschlägt und das Dorf den Erdbeben gleichmacht, da sich die Bauern auch in entfernteren Gegenden nicht entziehen können, Waren für das entwertete Geld abzugeben.) Angebaut wird auf dem Lande fast nur noch für den eigenen Bedarf — es fehlt an Saatfrucht und Kartoffeln. Interessant sind noch folgende Schilderungen aus dem Moskauer Leben: Milch für Kinder ist so gut wie unerschaffbar. Die Verdrängung der vielen Toten erfolgt nach dem K a r e n i s y l e m. Die Schiffe werden nur zum Transport benutzt, nach viele Beschäftigte in der letzten warmen Zeit für eine Folge zeitigen, bedarf keiner Erweiterung. Die Wägen in Moskau sind fast durchwegs geschlossen. Der Volkswirtschaft, dessen Anhänger nach diesen Hoffnungen der Zahl nach auch heute noch verhältnismäßig klein ist, hält sich durch völlige Abneigung der Presse. Regierung und Verwaltung bestehen vornehmlich aus Juden und Letten — das Militär aus Letten und Chinesen, da die Intelligenz zum größten Teil geflohen oder vernichtet worden ist. Das

Land ist vollständig entvölkert, da auf Besitz einer Waffe Todesstrafe steht und dem Radfahrer 600 Rubel gezahlt werden. Heute stellt Berlin nur noch auf den Ausstand, um grobenteils Zustände im Innern wieder herzustellen zu können. Diese authentische Schilderung russischer Zustände unter der Herrschaft der Volkspolizei bedarf wohl kaum eines Kommentars, um noch einmal daran hinzuweisen, welcher Zukunft wir entgegengehen, wenn es der linksradikalen Kräfte gelingen würde, ihrer Wählerarbeit zum Erlöse zu verhelfen.

Rundscha.

Die Antwort auf Fochs Prognose an Berlin. Die Antwort auf die deutsche Erwartung auf die Note des Markgrafen, worin dieser für die Erhebung des Sergeanten Mannheim eine Schadenszahlung von 100 000 Franken an die Familie des Mannheim und eine Kontribution von einer Million Goldmark von der Stadt Berlin forderte, ist in Weimar fertiggestellt und am Freitag nachmittags abgegangen worden. Sie stimmt der Zahlung an die Familie Mannheims zu, erhöht aber gegen die geforderte Kontribution von 1 Million Mark in Gold einhundert und setzt sie ab da treuend den Verhältnissen der Stadt Berlin (die Berliner Polizei ist nicht fähig, sondern kraftlos) nicht vorlegt.

Von der französischen Militärmission ist eine Note eingetroffen, die die Ablieferung des Gepäcks und des Geldes (der geflohenen angeblichen 2000 Francs) des verstorbenen Mannheim fordert.

Die Reichsmonopole. Der neue Wirtschaftsminister Robert Schmidt, der Reichsminister für Wirtschaft, Arbeitsenergie als das Wichtigste bezeichnet hat, was wir gebrauchen; hat den Plan für die Einführung von Monopolen, Spiritus, Zigar, Petroleum, Getreide, wieder kräftig in den Vordergrund gerückt. Und angeht es des Finanz- und Steuerministers, der heute bei uns befehligt, kann man sich damit wirklich einverstanden erklären, denn die Monopole, die früher als Sprachgeheimnisse galten, sind jetzt viel weniger geheim, als andere Monopole. Und herein kommen wir zu den Monopolen bei den öffentlichen Geschäften, das nicht. Es kann sogar sein, daß sie bei der herrschenden Streifigkeit, die nun auch auf die Landbevölkerung übergegangen hat, direkt notwendig werden, um das Emporsteigen der Preise zu einem Stande zu reduzieren, der nicht mehr bezahlt werden kann, und den auch die Entente nicht dulden würde, weil sonst für Deutschland die Möglichkeit verloren geht, seinen Wirtschaftlichen nachzukommen. Da auch die Befähigung der besten Wirtschaftswissenschaften und -Experten, aus dem Gedächtnis keine Schranken anzusetzen, so ergibt sich die Anwendung außerordentlicher Mittel von selbst.

Verhandlungen über einen amerikanischen Kredit. Aus New York wird gemeldet, „New York Tribune“ erzählt, daß die Deutsche Bank im Namen der deutschen Regierung über ein großes Darlehen in Amerika unterhandelt. Der erste Kredit soll 50 Millionen Dollar betragen.

Berlin. Dem Übertrag der großen Berliner Straßensbahn an den Verband Groß-Berlin für 17 1/2 Prozent des Aktienkapitals wurde, nach ausstehenden Entschens in der Generalversammlung der Gesellschaft zugestimmt.

Auslands-Rundscha.

Verleumdungspolitik. Wenn wir erkennen wollen, wohin die verlorene Wirtschaftspolitik und mangelhafte Organisation führt, so brauchen wir nur einen Blick auf das „siegreiche“ Italien zu werfen, wo die Not an allen Ecken und Enden herrscht und es drunter und drüber geht. Die Arbeiter stellen ihre Lohnforderungen, die Gewerbetreibenden verweigern den Verkauf teurer Waren, und die aus Amerika eingeführten Rohmaterialien und Lebensmittel sind nicht abzugeben, weil sie zu hoch im Preise stehen. Dazu kommt, daß in einzelnen Orten Lieferungs herrscht, anderswo dagegen wochenlang fast nichts erhalten. Und dabei ist die Luft zum Begehren der direkten Steuern fast ganz verschwunden, so daß die Städte für ihre Ausgaben auf den Staat, auf die kommunale Einkünfte, auf den

gewiesen sind, die alles noch teurer macht, als es ohne ihn schon ist. Die italienische Finanzpolitik ist fast der herrschenden geringen Geschäftstätigkeit des Landes wohl größer, wie in Deutschland, aber von Vermögensabgabe spricht dort niemand, weil sie bei der erwartenden allgemeinen Weigerung gar nicht zu verwirklichen wäre. (1)

Telegrammwechsel zwischen Kollhoff und Clemenceau. Kollhoff richtete anläßlich der Unterzeichnung des Friedens an den französischen Ministerpräsidenten ein Glückwunschtelegramm, worin er im Namen Frankreichs, das noch immer eine nationale Wehreringe, seine Freude über das „Werk der Freiheit und Gerechtigkeit“ ausdrückt, das die Alliierten auf sich genommen. Clemenceau erwiderte in feher Antwort, die Dienste, welche die russischen Armeen in den ersten Kriegsjahren den Verbündeten geleistet und leisten den „feurigen Wunsch aus, daß die Alliierten bald seinen Platz unter den großen demokratischen Völkern wieder einnehmen mögen.“

Saga. Die ehemalige deutsche Anwaltsfirma wird, nach einer Meldung aus dem Haag, zum 1. April 1918 dem holländischen Staat übergeben.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Amsterdamer. Die des Reichsbeamten „Wagel“ wurde, neben in Baden von Amsterdamer im Jahre 1900 1500 000 Franken Schadensersatz.

Was sich das Land erzählt.

Die Hausfrau Frau Anna sitzt vor dem gebrannten obersten Schüsselchen Kommode und zischt Papier. Viele Pfund und Reismarktschneide. Eine Handvoll Quanzigmarktschneide hat sie auch. Auch mehrere Büchse und ein paar Hunderte. „Garnes, es reicht“, ruft sie glückselig. „Die Auguste kann das Kanapee mit zur Aussteuer für Ihre Hochzeit kriegen. Neumanns Mine aus dem Nachbarort hat auch eines bekommen. Und die heiratet doch bloß einen Streckenarbeiter und die Auguste einen Schaffner.“

Der Garnes, der gerade vom Feinde gekommen ist, nimmt die Pfeife aus dem Munde. „Muß denn das wirklich sein? Wir wollen doch den Boden zur Wohnung ausbauen, die bringt gute Miete!“

„Es reicht, es reicht“, wiederholt die Frau und sie rechnet ihm vor: „Das Gemüse, die Mehl und Birnen und Pfannkuchen, die Kartoffeln, die Hülsen, die Enten, die Gänse. Und wenn die Mutter jeder eine Gans bekommen, damit lassen sie mit sich reden. Und was ihr hier schon zusammen haben. Und dann die Schweine. Folterabendgeschichte von unseren Kunden gibt auch noch 'ne ganze Menge. Garnes, sage nichts mehr.“

Garnes hat aber doch noch was auf dem Herzen. „Ein Paar Sommerfischel müßt ihr schon lange haben. Und du hast immer gesagt, hundert Mark dazu wären nicht übrig. Die sind nötig, wie das Kanapee für die Auguste.“

Die Frau magt an der Unterlippe. „Was sein muß, das muß sein. Kauf dir die Stiefel. Die schläßt du jetzt beim Wägen für die Groß-Bauern wieder heraus.“

Der Garnes drückt noch so herum. „Wir brauchen doch auch nicht immer Häuser zu bleiben. Da sind Fettel verteilt. Anderswo wollen sie höheren Arbeitslohn haben und streiten schon. Sie sagen, sie wollen auch Bauerngutsbesitzer werden.“

Die Frau bringt so heftig auf, daß ihr eine Ame

zahl Banknoten aus der Schürze auf die Erde fallen. Rühend, denn sie ist etwas atmatisch, häßt sie sich, sammelt das Geld auf und stellt sich vor ihren Mann hin. Ueber ihr Gesicht fliegt die heiße Wut, die er an ihr kennt, wenn er mal im Krug ein Glas zu viel getrunken hat.

Sie sagt: „Du so kräftig an einem Radenknoß, daß der abreißt. Was reißt du den? Großbauern sollen wir werden? Und darum streiten? Dann sage doch lieber gleich Gutsbesitzer und such dir einen Schwiegerjohn aus der Stadt. Denn kauft die Auguste die Augen aus.“

Sie verschminkt einen Augenblick und dann geht es weiter wie ein Sturzbad: „Dußt du denn ganz vergessen, was du früher immer gesagt hast? Bei dem großen Bauern können alle Augenblicke die Herren aus der Stadt. Müß her, Kartoffeln her, Vieh her, Butter her, Fleisch her. Daß die Fracht und Wägel aber auch Hunger haben, die die Kammer ausleihen müssen, als Wägel in der Stadt, daran denken die Herren nicht. Und dann die Steuern und die Abgaben? Wie oft hast du gesagt, du wüßt froh, daß du kein Großbauer wärst, da käme man aus dem Berzer nicht heraus. Und nun heißt's streiten? Dumme seid ihr! Streitt mal, aber wenn das Korn auf dem Felde ausfällt, dann sagen sie in der Stadt, ihr habt Sündel! Die haben die Karte mit den hohen Wägen in den Dred gefahren und ihr sollt die Wägel herausziehen, ihr Därschards! Ich wüßt doch wohl recht, ob ihr auskommen könnt und habt allein einen Mund, um wegen des Mehlpreises zu sprechen. Das geht ohne Streiten heute wie früher!“

Sie konnte nicht weiter, die Luft ging ihr aus. Und die Hausfrau tingelte auch gerade. Die Frau ging hinaus. Der Garnes blieb allein und qualmte merkliche Rauchwolken. Dann spürte er ein paar mal weiche Fenster auf die Straße und drumme: „Die Weiber, die Weiber, die Weiber, die Weiber.“

Nach einer Weile kam die Frau wieder: „Ein paar Stunden waren da, so, da tauf dir deine Sommerfischel. Und von der anderen Sache sagst du

... und wenn sie dir wieder damit kommen, sagst du, wir sind nicht aus Dummheit.“

Sie klopfte auf die Kommode und der Garnes Wm.

Vermischtes.

Zur Kritik der Nationalversammlungsbekanntmachung. — Die vom Reichspostministerium herausgegebenen Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung werden vielfach einer abfälligen Kritik unterzogen, die mit Vorzügen gegen das Reichspostministerium verbunden sind, das die „schonmaligen Marken“ herausgegeben habe. Ueber den Widerspruch läßt sich bekanntlich streiten. Ob diese Marken geschmacklos und nicht zweckentsprechend sind, darüber soll kein Urteil abgegeben werden. Nur insofern bedürfen die Kritiken einer Würdigung, als man das Reichspostministerium hierfür zu Unrecht verantwortlich macht. Zu dem Preisanschreiben für Entwürfe zu diesen Marken finden sich Künstler und Kunstverständigen zur Mitarbeit aufgefordert worden. Trotz des kurzen Zeitraumes, der mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Zeit angefangen werden mußte, gingen über 4000 Entwürfe ein. Mit der Prüfung der Entwürfe wurde ein Preisgericht betraut, dem in der Mehrzahl namhafte Künstler und Sachverständige der verschiedenen Kunstrichtungen angehörten; außerdem wurden einige Mitglieder der Nationalversammlung hinzugezogen. Das Preisgericht wurde vollständig frei und unbeeinträchtigt in seinen Urteilen tätig; darüber hat das Reichspostministerium nach seiner Richtung hin irgendeinen Einfluß ausgeübt. Das Preisgericht hat sich die Einführung darüber aussprechen, welche Marken zur Einführung gelangen sollten, und sich energisch verhalten, daß etwa der Reichspostminister irgend in Sandverstecke. Dementierend ist verfahren worden.

Nach einer längeren Geschäftsverhandlungsbilanz, die unter großem Lärm der Unabhängigen verlesen wurde, ist die Sitzung (Dank) wieder sehr lebhafte Angelegenheiten der Regierungskommission Dr. Grimm, der in einer Versammlung in Schiedsbeisitz den Kaiser gegenständig und zum Generalstreik gegen die Junkerfrage aufgefordert habe.

Reichsminister Steinhardt teilte den Entschluß der Kommission nach Wismar zu föhren, um an Ort und Stelle nach Wismar zu föhren, um die Lage zu prüfen. Sie sind beauftragt worden, ohne weitere Mittheilung an Ort und Stelle alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Landwirtschaftsminister Braun: Gegen Herrn v. D. Offen ist Klage eingeleitet worden, um die Wahrung der Landarbeiter Rechte zu sichern. Es ist seit 1915 Sozialdemokrat und im Landarbeiter Reichsverband. Er ist Mitglied der Partei der Unabhängigen. Seine Aufstellungen in Schiedsbeisitz sind vom Landbund fast nie abgelehnt worden. Dr. Grimm hat ausdrücklich vor dem Reichstag erklärt, daß er kein praktischer Landwirt, der von der Wie auf gedient hat, seinen Berufsgenossen auf der rechten, sich nicht gegen das Reaktionsrecht der Landarbeiter zu wehren.

Die Sitzung wurde dann um 6 Uhr auf 7 1/2 Uhr abends vertagt.

Der Nachmittags

Früher nach Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Landarbeiterstreik noch der Unabhängige Klausner, der sich bemühte, nachzuweisen, daß es nicht zu einem Streik kommen würde, wenn man die beabsichtigten Forderungen der Landarbeiter Reichsverband nicht erfüllt. Die Verhandlungen gegen die Reichsregierung unter großer Erregung und lärmenden Zwischenrufen der Sozialdemokraten darlegte.

Nach einer persönlichen Bemerkung wurde die Aussprache geschlossen und die Beratung des Staats für das Ministerium des Inneren vertagt.

Dabei hielt der Unabhängige Leid unter starken Ausfällen gegen Regierung, Reichsministerialen und die Reichsständigen eine Paradede in schillerndem Form. Nachdem er zwei Stunden gesprochen, vertagte sich das Haus.

Weiterberatung der Reichsversammlung.

Am 17. Juli

Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung verlas der Schriftführer Ag. Pfeiffer (Ztr.) ein Telegramm der Deputiertenkammer der argentinischen Republik, worin die Nationalversammlung die Freude über die Unterzeichnung des Friedens von Versailles, auf den die Welt gewartet habe, zum Ausdruck gebracht wird. Zum Schluß des Telegramms wird die Wendung gebraucht, daß die Nationalversammlung so den Fortschritten der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe.

Der lebhafteste Beifall, der gesendet wurde, galt vor allem der Feststellung, die aus diesem Telegramm für Deutschland hervorgeht, und die Besprechung Kaufmann sprach hierfür noch einmal besondere Dankworte und bemerkte, daß Präsident Ebert das weitere veranlassen werde.

Die Beratung der Verfassung wurde nun fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt der Grundrechte.

Religion und Religionsgesellschaften.

Nach ausgedehnter Debatte wurde in der Abstimmung der Reichsversammlung die Abstimmung entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, weil sie es bisher waren, und daß anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Mit geringer Mehrheit wurde der Antrag der Unabhängigen angenommen, daß bis zum Erlass eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen zu bestehen bleiben. Im folgenden wurden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnittes unter Ablehnung aller anderen Anträge genehmigt. Abgehört wurde u. a. die Trennung von Kirche und Staat. Das Haus vertagte sich dann auf Freitag.

Das Schulkompromiß in der Nationalversammlung.

Am 18. Juli 1919

Zu Beginn der heutigen Sitzung ließ Präsident Feßnerbach ein Telegramm des argentinischen Senats an die Nationalversammlung verlesen, das in demselben Sinne wie das Telegramm der argentinischen Deputiertenkammer gehalten ist. Das Haus stimmte der Abweisung von Danktelegrammen an die beiden argentinischen Kammern zu, worin der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß die Unterzeichnung des Friedens die Geburtsstunde einer wahren Völkerverständigung sein werde.

Es wurden darauf zunächst Anfragen erledigt. Bei den Interpellationen Heintze (D. Wp.) und H. Schmidt (Deutsch.) wegen des Landarbeiterstreiks erregte der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, Dr. Lehn, den lärmenden Ansturm der Versammlung durch seine salobbe Haltung, in der er die Mühsamkeit zu erweisen sich ansetzte. Die Interpellationen werden demnächst beantwortet werden.

Das Haus setzte die Beratung der Verfassung bei dem Abschnitt Bildung und Schule

Zu diesem lag das bereits veröffentlichte Schulkompromiß als Antrag Löbe (Soz.), Grüber (Ztr.) und Genossen vor.

In der Aussprache erklärte Reichsminister des Inneren Dr. Dabild, daß sich die Regierung mit dem Schulkompromiß einverstanden erklärt wird. Die Vereinbarung über bei den Reichsministerien, den Eltern, die Entscheidung, der Kampf, verheißt damit nicht aus der Allgemeinheit des Volkes, sondern werden in die Gemeinden verlegt.

Abg. Schulz-Dahlemp (Soz.) betonte, daß seine Partei von jeder Weltwörter der Reichsversammlung getrennt sei. Er habe auch keine Veranlassung, sich über das selbige Schulkompromiß besonders zu äußern, das seine Partei vollkommen befriedige. Eine Vertagung der Schulfrage könne man nur erreichen, wenn man allen Bestimmungen freie Bahn gebe. Zum Schluß wandte sich wieder gegen die Anträge der Unabhängigen, die er als salopp redigiert, direktionsmäßig und schamhaft bezeichnete.

Abg. Groeber (Ztr.) ging auf das Schulkompromiß näher ein. Die zwei Hauptfragen, Konfessionslosigkeit der Schule und Erbschaften sind erst durch das Rompromiß einer Lösung entgegengeführt worden.

der das Zentrum zustimmen sollte. Selbstverständlich müssen die Reichskammern der Staaten umfragen und diesen bezüglich ihrer Rechte und Befugnisse nicht hinter der öffentlichen Schule zurückstehen. Möge es uns gelingen, die Schule auf eine Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volkes sein muß.

Abg. Dr. Eiserich (Dem.) bedauerte, daß das Schulkompromiß die Aufrichtung der staatlichen Gemeindefachschulen gefährdet habe, die als Belegstellen untergeordnet sind. Ihnen habe man schließlich keine Partei die Schuld aufgeladen. Wir legen die Verantwortung für das Ergebnis ab und betonen gleichzeitig, daß wir unsere Aufstellung als feierlich empfunden haben. Das Zentrum habe in dem Kampf um die Schule die schärfste Waffe ausgespielt, den Hinweis auf die Unverletzlichkeit des Reiches.

Abg. Traub (Deutschf.) bezeichnete das Rompromiß als unmaßstäblich.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Tr. (Ztr.) und des Landwirtschaftssekretärs Schulz wurde die Weiterberatung um 1/2 Uhr auf 4 Uhr vertagt.

Verständigung in Weimar.

Staatliche Verhandlungen auf dem Verfassungsbereich.

Artikel 18 der Reichsverfassung bestimmt, daß eine Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassunggebendes Reichsgesetz (Zweidrittel-Mehrheit) erfolgen kann. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Mehrheitsparteien haben nunmehr eine neue Fassung gefunden, wonach eine Neubildung oder Gebietsänderung durch einfaches Reichsgesetz erfolgen kann. Dagegen wird in den Uebergangsbestimmungen festgelegt, daß vor Ablauf von zwei Jahren nach Verkündung der Verfassung keine Volksabstimmung vorgenommen werden darf. Ferner wird eine Gebietsänderung davon abhängig gemacht, daß Dreifünftel der Bevölkerung für die Neubildung sind.

Kritisch wird sich die Sache zu gestalten: Wenn ein Bezirk eine staatliche Neubildung wünscht, dann ist erforderlich, daß er einen Antrag, der von einem Drittel der Bevölkerung gutgeheißen sein muß, an den betreffenden Bundesstaat richtet. Ueber diesen Antrag wird dann abgemittelt werden. Wenn Dreifünftel der Bevölkerung für die Annahme des Antrags eintreten, muß ihm stattgegeben werden. Die Abstimmung würde aber erst durch ein besonderes Reichsgesetz möglich werden.

Wie berichtet wird, haben sich die Demokraten dahin schicklich gemacht, diesem Abkommen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten beizutreten, so daß eine große Mehrheit für die Annahme des so gebildeten Artikels 18 der Verfassung gebildet ist.

Die Landarbeiterbewegung in Pommern.

Eine zweigleisige Organisation.

Man scheint auf dem Lande, wie aus Straßburg gemeldet wird, jetzt das nötige Material beisammen zu haben, um beweisen zu können, daß der ganze Landarbeiterstreik auf eine zweigleisige Organisation zurückzuführen ist.

Wie aus Weimar berichtet wird, arbeiten die Hege darauf hin, zum 4. August ein allgemeines Landarbeiterstreik in Deutschland hervorgerufen.

Rechts-Entwickelung.

Ueber die durch den Landarbeiterstreik verursachten Entschädigungen wird vom Landratsamt Franzburg mitgeteilt, daß tatsächlich bereits erhebliche Schäden eingetreten sind. So sind u. a. infolge des Streiks auf dem Gute Groß-Corbagen 150 Morgen Wintergerste zum größten Teil ausgefallen. Ferner wird von Verlusten bei der Ackerriberneute gesprochen, weil die Futterernten nicht gehakt worden sind. Ganz erheblich dürfte auch der Verlust von Hülfsen sein, weil die Hülfsenernte infolge Heberernte ausgefallen ist.

Donnerstag mittag besaßen in Straßburg zwischen dem Landarbeiterverband und dem Pommerischen Landbau-Einigungsverbandungen. Zu den Verhandlungen, die noch abends andauern, waren Vertreter vom Landwirtschaftsministerium Berlin, vom Oberpräsidenten in Stettin, von der Regierung in Straßburg sowie die vorpommerschen Landräde erschienen. Den Vorsitz führte der Syndikus der Stadt Straßburg, Dr. Hebbmann. Die Verhandlungen endeten durch beiderseitiges Entgegenkommen mit dem Abschluß eines neuen Landarbeitervertrags.

Verhörung in Stettin.

Auch der Donnerstag nachmittag ist in Stettin ohne Zwischenfälle verlaufen. Alle Geschäfte waren geschlossen, mit Ausnahme von einigen kleinen Wirtschaften und vereinzelt Lebensmittelgeschäften, die noch schnell ihr Geschäft machen wollten. Die Zeitungen sind, mit Ausnahme des sozialdemokratischen „Volkshuten“ nicht erschienen. Auch das Lebensmittel hatte seine Schalter geschlossen. Dies machte sich bei den anwesenden Fremden sehr bemerkbar. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude, insbesondere die Bahnhöfe, werden militärisch besetzt. Bei der Post funktionierte der Betrieb nach wie vor.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter hatte bisher keine wesentliche Einwirkung auf den gesamten Eisenbahnbetrieb gehabt. Im Nachhinein wurden zwar größere Einschränkungen erfolgen, doch konnte von einer völligen Betriebs Einstellung nicht die Rede sein.

In Artz, Greifswald und anderen vorpommerschen Städten macht sich unter den Arbeitern gleichfalls eine Streikbewegung bemerkbar. Die Arbeiter in diesen Städten stellen ähnliche Forderungen wie in Stettin. Inzwischen hat ein Teil der Arbeiter im Kreis Franzburg die Arbeit am Donnerstag wieder aufgenommen. Mehrere Truppen zur Verstärkung der Stettiner Garnison sind eingetroffen.

Ansetzung des Belagerungszustandes.

Die am Donnerstag in Stettin beim Oberpräsidenten abgehaltene Konferenz mit den Reichswehrvertretern dauerte bis 2 Uhr nachts. Es wurde beschlossen, den Belagerungszustand unter der Bedingung auszuheben, daß der Generalstreik sofort beendet wird.

Dies wurde von der Arbeiterpartei zu Gunsten. Früher wurde am Freitag noch mit aller Betheiligung. Die Straßenbahn verkehrte noch nicht, dagegen hat das Wasserwerk seine Arbeit wieder aufgenommen. Elektrischer Strom gab es früh nicht, doch scheint dies auf einen zeitweiligen Fehler zurückzuführen zu sein. Beim zweiten Punkt der Arbeiterforderungen, Entlassung aller während des Belagerungszustandes verhafteten Gefangenen und Wiederherstellung des Bewachens, soll eine Grundlage gefunden sein, auf der man sich geeinigt hat. Auch in Greifswald dürfte mit der Aufhebung des Belagerungszustandes die Generalstreikgefahr vorüber sein.

Mittheilung aus aller Welt

* **Unheilbare Wirkung der Grippe auf Mauerfliegen.** Die Londoner „Times“ melden, daß die Grippe auf der im Juli in dem Ortlich von Madagaskar gelegenen britischen Insel Mauritius so heftig wüthet, daß in den letzten zwei Monaten ungefähr 400 Menschen täglich daran gestorben sind.

* **Staub von Postkästen mit Zureiten.** Der auf den Ziffenreisen Werken in Wülshelm beschäftigte Arbeiter Neuhaus sprang auf der Rede Wülshelm-Eisen auf einen in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnwagen, drang in den Postwagen ein und wurde dabei von Postkisten, die sich in demselben Wagen befanden, durch den Postkisten beiseite geschleudert. In dem Postkisten beiseite geschleudert wurde er über 1 Meile weit. Der Dieb sprang aus dem fahrenden Auge. Er verkaufte die Zureiten zum großen Teil an Zureitern in Wülshelm, Essen und Duisburg. Der Täter wurde verhaftet. Ein kleiner Teil der gestohlenen Gegenstände wurde in seinem Besitz noch vorgefunden. Ferner wurden zwei Helfershelfer verhaftet. Die gestohlenen Zureiten sind anscheinend aus Holland nach Deutschland geschmuggelt worden.

* **Was Säle in Berlin kosten.** Am 11. Juni fand eine Verammlung der gesamten Hilfskräfte des Magistrats Berlin im Sporplatz statt. Der Saal kostete 1200 M., am 18. Juni eine Verammlung der Zureitern im Sporplatz und 1000 M. Der Saal kostete der Saal 1500 M. Am 26. Juni hat wiederum eine Verammlung von einer anderen großen Körperschaft dort stattgefunden. Für diese Verammlung wurde ein Preis von 3000 M. verlangt. Zu bemerken ist noch außerdem, daß wegen der Schwierigkeiten noch Rednertribüne oder sonstige Bequemlichkeiten, welche andere Säle aufweisen, vorhanden sind. Auch in anderen Verammlungsorten werden verschiedentlich getragene Zuschüsse für Saalmietungen gefordert. Wie man vielleicht hier nicht erst aus Döschpreise festsehen muß.

* **Ein neues Erholungsheim für Kriegsgeldlose.** Frau v. Jöhne, die Witwe des früheren Oberhofmarschalls des Kaisers v. Jöhne, in Berlin hat ihre Villa Felsen in Heidelberg als Erholungsheim für Kriegsgeldlose zur Verfügung gestellt. Schon 1915 gründete sie in Berlin ein Kriegsgeldlosenheim.

* **Ein Berliner Schüler in Schweden verunglückt.** Beim Baden im Fluße Seggen Lullstofta bei Malmö ist ein 16-jähriger Knabe aus Berliner Schloß aus Berlin ertrunken. Der Knabe gehörte zu einer Gruppe deutscher Kriegskinder, die in Lullstofta schwedische Gastfreundschaft genießen.

* **Die Generäle im Verberuch.** Wie aus Landsberg gemeldet wird, durch große Ueberfluthung vollständig vernichtet.

* **Ein Jäger hinterdrein erschossen wurde.** Der Jäger Kugel von Culmer Jägerbataillon von seinem früheren Vorgesetzten, dem Berliner Jagdmann in Knie wüthen (Kreis Gulin in Westph.)

* **Große Waldbrände in Frankreich.** Aus Toulouse wird gemeldet, Waldbrände in der Gegend von Borne, die eingebrannt sind, sind wieder aufgeflammt. Es sind bereits große Waldstrecken zerstört, etwa 300 000 Hektar sollen eingeäschert sein. Das ganze Tal von Soubebonne ist in Gefahr. Es wurden Truppen in die gefährdeten Gegenden geschickt. In Toulouse sind 2 e-tagen zusammengefallen, um für die Arbeiterarbeiten verwendet zu werden. Bis jetzt sind drei Soldaten bei den Arbeiterarbeiten ums Leben gekommen.

Vollleben und Wirtschaft.

— **Gegen den Scheithandel mit Kartoffeln.** Der Scheithandel mit Kartoffeln hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Vorkieferung des ordnungsgemäßen Bedarfs ernstlich bedroht ist. Besonders in der Höhe der Großstädte werden so täglich mehrere Tausend Berliner Kartoffeln der Verteilung entzogen. Die beteiligten Behörden sind deshalb nachdrücklich angewiesen worden, nachdrücklich gegen die Erzeuger vorzugehen, die Kartoffeln an den Scheithandel verkaufen. Sie begnügen sich nicht mit einer Befehlsgabe. Es soll von den Strafverordnungen Gebrauch gemacht werden, die Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark androhen. Die Geldstrafe muß bei vorläufigem Bedauern von Strafen mindestens dem Zwanzigfachen der Höhe der Strafe gleichkommen.

— **Die Grippe.** Die Zahl der Besuche, in welchen mit der Grippe erkrankt gekommen worden ist, meißt sich von Tag zu Tag, auf die Grippe folgt der Woggen. Es ist, nachdem jetzt Kartoffeln und Gemüse so ziemlich überall das kostbarste Nahrungsmittel erhalten haben, gute Ernährung und auch, der Wunsch ist heute angebracht, das Herbeibringen alles Streikfreies aus den ländlichen Gebieten dringend zu erhöhen. Der gute alte Stamm der ländlichen Arbeiter, gewöhnlich und hübsch, aber an Ausdauer, werden sich wohlhabendste Agitatoren heranzubilden, und diese sollen ferngehalten werden. Die Entlastung liegt mehr wie jede andere im Dienste des Vaterlandes, sie ist immer ein Vorbild für bedrückte Leute in der Arbeit gewesen. Sie kann das heute, wo die Arbeitslosigkeit immer noch grassiert, mehr wie je sein. Nach heute gilt, was vor ein paar tausend Jahren der griechische Dichter sagte: „Vor dem Erfolg und bis zum Ende haben die Götter den Gewinn geteilt.“ Darum gilt der Achtungstag auch nicht für die Entzweit, in dessen Theorie ist in der Praxis des Fortschritts nichts anfangen.

Beachten Sie meine Schaufensterauslagen.

Sonntag, den 27. Juli, sind meine Geschäftsräume von 1/2 Uhr bis 4 Uhr geöffnet.

Preiswerte Angebote!

Waschstoffe.

Baumwoll-Muslin Meter 9,20, 7,65 **5.95**
Waschkrepon in vielen Mustern Mtr. **10.75**
Percal zu Kleidern, Blusen, Sporthemden und Kopftüchern, 60 verschiedene Muster Meter **9.75**
Weiss Batist gestreift, geschmeidige weiche Qualität zu Kleidern u. Blusen Mtr. **9.50**

Damen-Backfisch- und Kinderhüte zu herabgesetzten, sehr billigen Preisen.

Gardinen, abgepasst u. vom Stück.
Vorhangstoffe aller Art.
Steppdecken- Vorleger.

Wäschestoffe.

Hemdentuch Meter 8.50 **5.50**
Wäschetuch, gute Qualität zu Leib- und Bettwäsche geeignet, Meter **11.50**
Hemden-Barchend, verschiedene Muster Meter 10,50, **8.50**
Weiss Köperbarchend Meter 12,50, **11.50**
Taschentücher für Herren

Salzmann Wittenberg
 Markt 1 Markt 1

Sommer-Hosen und Joppen
 in guter Ware
 empfiehlt preiswert **August Schulze.**

Gute Uhren
 in größter Auswahl bei



Bruno Flemming
 Inh.: Edmund Wagner, geprüfter Uhrmachermeister
 Wittenberg, Collegienstraße 5, Fernsprecher 763

Nur für Wiederverkäufer!

= Holzpantinen =

sauber gearbeitet, mit sehr gutem Lederbesatz können in großen Mengen laufend geliefert werden.

Carl Scheinig Nachfolger,

Telefon 560 **Wittenberg** Gegründet 1865

Einladung zur Vogelwiese
 nach **Wittenberg**
 von **Sonntag, den 27. Juli** bis **Sonntag, den 3. Aug.**
 Großartige Schaulustungen.
 Darum alles zur Vogelwiese nach **Wittenberg**

Landwehr - Verein.
 Sonntag, den 26. Juli, abends 8 Uhr im Hotel „Zur Post“
Verammlung
 Tagesordnung:

1. Aufnahmen.
 2. Rechnungslage.
 3. Bericht der Komitoren, Entlassung des Kassierers für 18/19.
 4. Vorstandsergänzungsantrag und sonstige Bahnen.
 5. Bildung einer Gruppe für Kriegshinterbliebene.
 6. Kriegstag bett.
 7. Verschiedenes.
- Allezeitiges Erscheinen erwünscht. Es ladet kameradschaftlich ein
Der Vorstand.

Hotel Palmbaum

Empfehle zum Sonntag
Bohnen-Kaffee
Schokolade, Torten
 sowie
 kleine Fruchtörtchen
gutgepflegte Biere
 Hochachtungsvoll
Willi Dorn

Gaditz

Sonabend, den 26. Juli, abends 7 Uhr im Wänerischen Lokale

Damen-Ball
 Es laden freundlich ein
 Die jungen Damen von Gaditz

Verloren

ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt von der Kreuzstraße bis Simons Garten. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung in der Geschäftsfl. d. Bl. abzugeben

Corona-Rennmaschine
 Modell Fernfahrer, mit prima Dunlop Schlaudreifen, 350 M., verkauft
Kunze, Mühle Lubatz

Sonntag, den 27. Juli, abends 6 Uhr findet im Hotel „Zur Post“ unsere

Generalversammlung

Landliche Spar- und Darlehnskasse, Kemberg
 E. G. m. b. H.

Theater Kemberg

Schützenhaus

Sonntag, den 27. Juli 1919, abends 8 Uhr
 Gastspiel des Schmiedeberger Kurtheaters
 Der beliebteste Schläger

Schwarzwaldmädel

Große Operette in 3 Akten von Reinhardt und Trffel
 Eintrittskarten sind im Schützenhaus und bei Bäckermstr. Thomas zu haben
Preise der Plätze: Im Vorverkauf: Speeritz 2.— M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1.— M. An der Abendkasse: Speeritz 2,50 M., 1. Platz 1,80 M., 2. Platz 1,25 M.

Zu gütlichem Besuche ladet freundlich ein **Die Direktion**

Hotel „Zur Post“

Sonntag, den 27. Juli, von nachmittags 3 Uhr an

allgemeiner Ball

wom freundlich einladet **Paul Günther**

„Zur preussischen Krone“

findet am Sonnabend, den 26. Juli, von 7 Uhr an unter

Holzarbeiter-Ball

findet. Es laden ergebenst ein **Das Komitee und der Wirt**

Rotta

Sonntag, den 27. Juli von nachmittags 3 Uhr an

allgemeiner Ball

wom freundl. einladet **Fr. Wäcker**

Ateritz

Sonntag, den 27. Juli

Kirschfest

von nachmittags 3 Uhr an Tanz womo freundl. einladet **Gerdob**

Stadtsparkasse Kemberg.

Unter Bürgschaft der Stadtgemeinde.

Einlegerguthaben: 4 Millionen Mart.
 Gewinn-Rücklagen: 90 000 Mart.

Tägliche Verzinsung

Zur Jahre 1918:

Einlagenzuwachs: 1 1/2 Millionen Mart
Geldumsatz: 8 Millionen Mart

Kostenlose Uebertragung von Einlagen aus auswärtigen Sparkassen.
Geschäftszeit: Jeden Werktag, vormittags von 8—12 Uhr.

Strengste Geheimhaltung!

Bankkonto: Anhalt-Deutscher Landesbank in Wittenberg.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 28 653.
Fernsprecher: Kemberg Nr. 4.